

18.01.2018

Wirtschaftsvereinigung Stahl: BDI-Klimastudie bestätigt Größe der Herausforderung

Der BDI hat heute in Berlin die Ergebnisse seiner Studie „Klimapfade der Industrie“ vorgestellt, in der mögliche Wege zur Erfüllung einer langfristigen Treibhausgasminde rung volkswirtschaftlich untersucht werden.

„Das Gutachten bestätigt, dass die Umsetzung der langfristigen Klimaziele die Stahlindustrie vor massive technische und wirtschaftliche Herausforderungen stellt und erhebliche Risiken mit sich trägt“, erklärt Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl. „Weitreichende Vorkehrungen zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, wie etwa eine ausreichende kostenfreie Zuteilung von Emissionszertifikaten und Belastungsbegrenzungen bei den Strom- und Energiekosten, sind unerlässliche Voraussetzungen, um drastische Verluste der industriellen Wettbewerbsfähigkeit und Produktionsverlagerungen zu vermeiden.“ Dies sei auch elementarer Bestandteil der Studie. Nur unter diesen Annahmen und Voraussetzungen komme sie zu dem Ergebnis, dass in Deutschland ein Klimaziel von 80 Prozent erreicht werden könne, stellt Kerkhoff klar. „Für den Klimaschutz wäre nichts gewonnen, wenn der Stahl stattdessen in anderen Ländern mit höheren Emissionen produziert würde.“

Die heute zur Verfügung stehenden Verfahren zur Stahlproduktion sind bei den CO₂-Emissionen bereits am technischen Minimum. Laut der Studie kann die Stahlindustrie in den nächsten Jahrzehnten daher nur einen sehr begrenzten Beitrag zur Erfüllung des 80-Prozent-Zieles leisten, der zudem mit massiven Mehrkosten gegenüber den internationalen Wettbewerbern verbunden wäre. Da sich die entsprechenden Maßnahmen betriebswirtschaftlich nicht rechnen, wäre ein solches Ziel nur mit erheblichen staatlichen Investitionsanreizen zu erreichen.

Für eine Treibhausgasminde rung um sogar 95 Prozent bis 2050 wird in der Analyse eine Abscheidung und Speicherung des Kohlendioxids (CCS) angenommen. Die Vermeidung der Emissionen auf diesem Weg würde die Stahlindustrie jedoch 4,5 Milliarden Euro im Jahr kosten, was im globalen Wettbewerb nicht tragbar wäre. Zudem ist unrealistisch, dass in Deutschland auf absehbare Zeit die erforderliche Akzeptanz für CCS überhaupt erlangt werden könnte.

Andere neue Verfahren, mit denen entweder das Entstehen von CO₂ im Stahlherstellungsprozess vermieden oder zwangsläufig anfallendes CO₂ abgetrennt und genutzt werden kann, sind in der Stahlindustrie derzeit Gegenstand von Forschung und Entwicklung. Sie würden laut Studie einen zusätzlichen Strombedarf von 130 bis 300 Terawattstunden im Jahr mit sich bringen. Dies entspräche einem Drittel bis über die Hälfte des heutigen gesamten Stromverbrauchs in Deutschland.

Wenn solche Verfahren die Reife für eine großtechnische Umsetzung erlangen sollten, müssten zudem erhebliche Investitionen erfolgen, die mindestens in der Größenordnung des heute investierten Anlagenparks liegen dürften. Aus heutiger Sicht wird ein derart tiefgreifender Umbruch daher bei weitem nicht aus dem betriebswirtschaftlichen Investitionsbudget der Unternehmen finanziert werden können. Es bedarf einer umfassenden finanziellen Förderung von Forschung, Entwicklung und Umsetzung im industriellen Maßstab.

Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 70 Unternehmen und rund 90.000 Mitarbeiter.
Weitere Informationen finden Sie unter: www.stahl-online.de

Rückfragen

Klaus Schmidtke
Leiter Kommunikation

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf

Fon +49 (0) 211 6707-115 oder -116
Fax +49 (0) 211 6707-676
Mail klaus.schmidtke@stahl-zentrum.de